

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
für Halle und unsere unmittelbaren  
Buchmer: 20 Sgr. Durch die resp.  
Post-Anstalten über all nur:  
22½ Sgr.

# Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-  
genommen: In Leipzig in der  
Buchhandlung von Kirchner und  
Schwetschke, Universitätsstraße,  
Gewandhaus No. 4. In Magde-  
burg in der Kreuzischen Buch-  
handlung Breiterweg No. 156.

Hallische  
für Stadt



Zeitung  
und Land.

In der Expedition des Couriers. (Redaction C. G. Schwetschke.)

No. 260.

Halle, Montag den 7. November

1842.

Hierzu eine Beilage.

## Deutschland.

Berlin, d. 28. October. Die Sitzung der vereinigten ständischen Ausschüsse vom 25. d. \*) in welcher die zweite in der Denkschrift gestellte Frage: „ob es für nothwendig und zweckmäßig zu erachten sei, daß der Staat die Ausführung des (in voriger Sitzung berathenen) Eisenbahnsystems, durch Uebernahme einer Garantie für die Zinsen des Anlagekapitals herbeizuführen suche?“ zur Erörterung kam, eröffnete der vorliegende Herr Minister mit näherer Beleuchtung der für dieselbe sprechenden Gründe. Er bemerkte, daß durch den Speculations- und Associationsgeist allein und ohne wirksames Eingreifen des Staats ein Eisenbahnsystem, wie das projectirte, entweder gar nicht oder doch viel zu spät werde hervorgerufen werden. Selbst für solche Bahnstrecken, die für die rentbarsten zu achten, sei bereits die Hülfe des Staats in Anspruch genommen. Lasse sich indessen durch kleine Vortheile, durch baare Zuschüsse ein rasches Fortschreiten des Werks nicht, sondern nur durch eine Zinsengarantie erlangen, wie sie auch schon in anderen Staaten eingetreten sei, so müsse der Staat jedenfalls freie Hand behalten hinsichtlich der Höhe der Zinsen, der Dauer der Garantie und ihrer Bedingungen. Der Betrag von 3½ pCt. werde bei dem Stande der Staatsschuldscheine und des Zinsfußes überhaupt selbst bei den Bahnen genügen, wo eine sehr geringe Wahrscheinlichkeit der Rentabilität vorhanden sei, während bei anderen, günstiger belegenen ein niedrigerer Zinssatz ausreichen werde. Dasselbe gelte von der Dauer der Garantie. Bei der Stettiner Bahn habe unter anderen eine 6jährige Bürgschaft genügt, dies Werk ins Leben zu rufen. Wo eine immerwährende Garantie unvermeidlich, da müsse der Staat selbst sich einen Tilgungsfonds beschaffen. In Betreff der Be-

dingungen werde der Staat überall dahin zu sehen haben, daß die Bahn den höheren Zwecken desselben entsprechend gebaut werde, überdies aber stipuliren müssen, daß ihm nicht nur von vorn herein ein wirksamer Einfluß auf die Administration zustehe, sondern auch diese ganz an ihn übergehe, wenn er wegen der übernommenen Garantie in bedeutendem Maaße in Anspruch genommen werden solle. Es sei zuerst die Idee angeregt worden, den von des Königs Majestät in Aussicht gestellten Steuererlaß als Fonds zu einer solchen Zinsengarantie zu reserviren, also statt desselben eine schnelle Vollendung der Eisenbahnen herbeizuführen. Diese Idee sei von des Königs Majestät entschieden verworfen, ja Sie hätten den Steuererlaß in noch weiterem Maaße bewilligt, als dies ursprünglich beabsichtigt worden. Dagegen aber sei nun mit Genehmigung des Königs der Plan entworfen, dennoch den Steuererlaß mit dem Ausbau der Eisenbahnen in Verbindung zu bringen, und zwar in der in der Denkschrift angegebenen Weise. Daß dies mit hoher Wahrscheinlichkeit geschehen könne, ohne die Steuerkräfte der Unterthanen anderweitig in Anspruch zu nehmen, während die Vorsicht gebiete, den Vorbehalt eines Rückgriffs auf den Steuererlaß nicht aufzugeben, werde sich bei Erörterung der letzten Frage näher darthun. Allerdings gebe es auch ein anderes Mittel, den Zweck schnell zu erreichen: den Ausbau der Eisenbahnen auf Kosten des Staats. Es ließe sich nicht leugnen, daß dasselbe, wenn noch *res integra* wäre, Manches für sich haben werde. Jetzt aber, wo fast in allen Hauptlinien schon bedeutende Strecken durch Gesellschaften ausgebaut und für andere Strecken nicht ohne Weiteres zu beseitigende Konzessionen ertheilt seien, stehe die Sache anders; wenn der Staat jetzt noch als Selbst-Entrepreneur auftreten wolle, so würde immer nur ein Mißsystem unter manchen Inkonvenienzen zu erzielen sein. Außerdem verdiene es nicht nur Berücksichtigung, daß man den eben bei uns erwachenden Associationsgeist durch eine solche Maaßregel zurückdrängen werde, sondern es ginge auch dadurch die wichtige und bedeutende Unterstützung verloren, welche dergleichen Unternehmungen aus dem lebendigen Mitwirken der Betheiligten, so lange sie in ihren näheren eigenen Interessen handelten, schöpfen könnten. Diese und andere wichtige, hier nicht näher zu erörternde Gründe hätten das Gouvernement zu dem festen Entschluß gebracht, auf einen Selbstbau für

\*) Der Bericht über die Sitzung vom 27. October ist bereits in Nr. 304 der Staats-Zeitung (vergl. auch Nr. 258 des Couriers) gegeben worden, da derselbe vor der Vollendung der Bearbeitung der Berichte über die beiden vorhergehenden Sitzungen zum Drucke befördert werden konnte, was um so weniger Anstand zu haben schien, als jener Bericht auch ohne die letzteren ein für sich bestehendes Ganze bildete, welches wegen der darin enthaltenen Abstimmung von besonderem Interesse gewesen sein dürfte. Wir geben somit hier den Bericht über die Sitzung vom 25. October, welchem der über die vom 26. unverzüglich folgen wird. (Anm. der Pr. St.-Ztg.)

jetzt und die nächste Zukunft nicht einzugehen. — Auf den mehrfältig geäußerten Wunsch, daß der vorsitzende Departementsminister die vorbehaltene Auskunft über die Mittel des Staats zur Uebernahme der Garantie geben möge, weil sie bei Beantwortung der jetzt zu Erörterung stehenden Frage von großer Wichtigkeit sei, äußerte sich derselbe ferner in folgender Weise: Die Finanzen des preussischen Staats unterliegen nur einer beschränkten Oeffentlichkeit — derjenigen der 3jährigen Publikation des Staatshaushalts-Etats durch die Gesetzsammlung. Um beurtheilen zu können, inwieweit diese Etats sich der Wirklichkeit näherten, mußte man die Regeln ihrer Aufstellung kennen. Die jährlichen Haupt-Etats der Staatseinnahmen und Ausgaben, welche, der bestehenden Einrichtung zufolge, von 3 zu 3 Jahren durch die Gesetzsammlung zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, beruhen auf den Resultaten der Spezial-Etats der einzelnen Verwaltungs-Ämter. Diesen Spezial-Etats, von denen jährlich etwa der dritte Theil und zwar jedesmal für einen dreijährigen Zeitraum neu aufgestellt würde, liegen wiederum, in der Hauptsache, Durchschnittsberechnungen aus den Verwaltungsergebnissen der dem Zeitpunkte der Etatsfertigung vorangegangenen drei Jahre zu Grunde, dergestalt, daß dem Hauptfinanz-Etat eines jeden Jahres die Ergebnisse einer sechs-jährigen Verwaltung zur Basis dienen. So sei z. B. der zuletzt durch die Gesetzsammlung publizierte Haupt-Etat der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1841 auf Spezial-Etats für die 3 auf einander folgenden Perioden 1839/41, 1840/42 und 1841/43 gegründet, deren einzelne Positionen wiederum in den Verwaltungsergebnissen der Jahre 1835/37, 1836/38 und 1837/39 ihre Rechtfertigung finden. Es verstehe sich dabei von selbst, daß Durchschnittsberechnungen aus den zurückliegenden 3 Jahren bei Aufstellung neuer Spezial-Etats nur der Regel nach als neue Grundlage benutzt werden können, und daß von dieser Regel in allen Fällen eine Ausnahme gemacht werden müsse, in denen aus ganz besonderen Gründen vorhergesehen werden kann, daß die Fraktion ein unrichtiges Resultat ergeben würde. Hieraus gehe hervor, daß, so lange die Einnahmen des Staats im Steigen begriffen seien, die wirkliche Einnahme die etatsmäßige regelmäßig übersteigen müsse, daß, sobald in dieser Beziehung ein Stillstand eingetreten, Wirklichkeit und Etat sich möglichst nähern, bei einem Rückschritt aber sofort die Einnahme hinter dem Etat zurückbleiben werde. Der nach vorstehenden Grundsätzen angefertigte allgemeine Etat der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr 1841 weise in der letzten Ausgabeposition einen Ueberschuß von 2,136,000 Rthlr. nach. Davon seien 1,000,000 Rthlr. zur Deckung von Einnahme-Ausfällen und zur Uebertragung von Ausgabe-Ueberschreitungen und 350,000 Rthlr. zu Gnadenbewilligungen aller Art bestimmt. Aus diesem letztgedachten Fonds würden namentlich die bekanntlich sehr häufigen und bedeutenden Unterstützungen bestritten, die des Königs Majestät jährlich als Beihilfe zu Kirchen- und Schulbauten zu bewilligen geruhen. Die von jenem Ueberschusse der 2,136,000 Rthlr. nach Abzug der obigen 1,350,000 Rthlr. übrig bleibenden 786,000 Rthlr. bilden den zur Vermehrung des Haupt-Reservekapitals des Staats bestimmten reinen Ueberschuß des Etats pro 1841. Für das Jahr 1842 betrage der der letzten Ausgabeposition des publizierten Haupt-Etats pro 1841 korrespondierende etatsmäßige Ueberschuß in runder Summe 3,097,000 Rthlr. und, nach Abzug der zur Deckung von Einnahme-Ausfällen, zur Uebertragung von Etatsüberschreitungen und zu Gnadenbewilligungen bestimmten 1,350,000 Rthlr., der zur Vermehrung des Haupt-Reservekapitals verwendbare reine Ueberschuß die Summe von 1,747,000 Rthlr. Der bedeutende Mehrbetrag desselben gegen den reinen Ueberschuß des Etats pro 1841 beruhe größtentheils

darauf, daß dem letzteren die Verwaltungsergebnisse der 6 Jahre 1835/40 zum Grunde liegen, von denen das erste durch die in Folge der unmittelbar vorher zur Ausführung gekommenen deutschen Zollvereinigung eingetretenen beträchtlichen Ausfälle in der Zolleinnahme ungünstig auf die Fraktionsberechnung eingewirkt hat. Für das Jahr 1843 habe der Hauptfinanz-Etat noch nicht angefertigt werden können. Es stehe jedoch schon jetzt fest, daß in demselben die Dotation der Staatsschuldentilgungskasse theils wegen der Vorschrift im §. 5 der Verordnung vom 17. Januar 1820, wonach von 10 zu 10 Jahren, und so auch mit dem Schlusse des Jahres 1842, die durch die allmähliche Schuldentilgung herbeigeführten Zinsersparnisse von dem Ausgabebedarf der Staatsschuldenverwaltung abgesetzt werden sollen, theils wegen der kürzlich ausgeführten Zinsreduktion der Staatsschuldscheine, gegen 1842 ungefähr 1,200,000 Rthlr. werden erspart werden. Rechnet man diese Ersparnisse dem etatsmäßigen reinen Ueberschusse pro 1842 mit 1,747,000 Rthlr. hinzu, so würde sich pro 1843 ein reiner Ueberschuß von 2,947,000 Rthlr. ergeben, der sich aber durch den Steuererlaß von 2,000,000 Rthlr. auf 947,000 Rthlr. ermäßigen wird. Es würden zwar für das Jahr 1843 beträchtliche Mehrausgaben in Anspruch genommen. Auch sei bei der Lotterie-Einnahme, wie schon in der der Versammlung vorliegenden Denkschrift angeführt worden, ein Ausfall von etwa 60,000 Rthlr. vorauszusehen. Dennoch lasse sich aber mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß diese Mehrausgaben und Einnahmeausfälle durch die andererseits zu erwartenden etatsmäßigen Mehreinnahmen vollständig würden gedeckt werden, so daß der reine etatsmäßige Ueberschuß des Staatshaushalts für das Jahr 1843 auf mindestens 900,000 Rthlr. angeschlagen werden könne. Abgesehen von der wünschenswerthen successiven Verstärkung des Hauptreservekapitals, sei ein solcher Ueberschuß gewiß nicht zu hoch, um mit Sicherheit den vielen Wechseln außerordentlicher Einnahmeausfälle und Mehrausgaben ohne Gefahr eines Defizits entgegen zu gehen, und genüge er selbst, verbunden mit dem zu hoffenden Fortschreiten der Mehreinnahmen an indirekten Steuern durch verbesserte Kommunikation in keinem Falle, um die Garantien für das Eisenbahnsystem zum Maximum von 2,000,000 Rthlr. unbedingt zu übernehmen, um so weniger, als bei der Post durch Ermäßigung des Briefporto's, — bei der Lotterie — und durch Erweiterung des Zollvereins Einnahmeausfälle nicht mit Unwahrscheinlichkeit bevorständen. Auf der anderen Seite sei mit höchster Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Garantie nie mehr als die Hälfte des Maximums — also etwa 1,000,000 Rthlr. — und diese erst in etwa 10 Jahren erfordern werde. Nun sei die Revenue der Salzregie vom Jahre 1821 bis 1842 um 2,300,000 Rthlr., also jährlich um mehr als 100,000 Rthlr. gestiegen. Ein gleiches Steigen auf die nächsten 10 Jahre werde demnach das Bedürfnis schon völlig decken, und lasse sich dieses um so mehr voraussehen, als die ermäßigten Preise stärkere Konsumenten herbeiführen und die Einschwärtzung vermindern, auch eben die Eisenbahnen den Transport erleichtern würden. Indessen sei die Hoffnung, daß man auf den Steuererlaß nicht recurriren werde, nicht allein auf diese Berechnung basirt, sie sei fester begründet, auf den entschieden ausgesprochenen Willen Sr. Majestät des Königs: nur im äußersten Nothfalle und bei Erschöpfung aller anderen Mittel darauf zurück zu kommen. — Nach diesem Vortrage wurde die Diskussion eröffnet und darin mannigfache wider und für die Zinsgarantie sprechende Gründe geltend gemacht. Man hielt es von mehreren Seiten für gerathener, wenn der Staat selbst die Ausführung des Baues übernehme oder doch direkte Beihilfe dazu gewähre; und es wurde bemerkt, daß der Staat, der seine

Beamten zu bilden, zu wählen und zu kontrolliren besser im Stande sei, als Privat-Societäten, auch den Bau und die Verwaltung der Eisenbahnen besser und wohlfeiler ausführen könne als jene; daß ferner aber die Aufbringung der Aktienkapitale so zeitraubend wäre, daß eben darin ein Grund zur Verzögerung noch lange Zeit hinaus liege. Mehrfach wurde die Besorgniß geäußert, daß die Garantie nicht ausreichen werde, den Zweck zu erreichen, indem auf manchen Bahnen die Einnahmen zur Deckung der Betriebskosten kaum hinreichen und überdies bei einer nur auf gewisse Jahre beschränkten Garantie das Baukapital sich nicht finden werde. Zum Beweise aber, daß die Rentabilität der Eisenbahnen überhaupt zweifelhaft und daß die Garantie allein keine hinreichende Aufmunterung zur Unternehmung in den minder gewerbreichen und minder bevölkerten Provinzen der Monarchie gewähre, berief man sich unter anderen auf die rheinische, die Düsseldorf-Elberfelder und die Warschau-Krakauer Bahnen. Bedenklich aber erscheine die Uebernahme einer Garantie der projektirten Art, weil bei der überwiegenden Unwahrscheinlichkeit einer entsprechenden Dividende es den Aktionären an allem Interesse zur Theilnahme und Kontrolle der Verwaltung, und der Verwaltung selbst der Sporn fehlen werde zu der bei Aktiengesellschaften ohnehin schwierigen Sparsamkeit und Vorsicht; weil dem Staate, bei der vermuthlichen Einbuße der vollen Garantie, die bei der Verwendung von Staatsgeldern nothwendige Leitung und Kontrolle ab- und in die Hände von Privatpersonen übergehen würden; überdies auch der Staat mit den Aktionären in ein um so verwickelteres Verhältniß treten würde, als nicht bloß inländische, sondern auch ausländische Kapitalisten sich dabei betheiligen würden; weil ferner die Zinsgarantie nicht bloß durch bereits vorhandene Ersparnisse, sondern durch Konstituierung einer bestimmten Rente, zur Last des Staatsschulden-Stats, gedeckt werden solle, welche, mindestens materiell, einer neuen Anleihe gleich komme, eine solche aber nothwendig den Zinsfuß steigern müsse. Von einer andern Seite wurde dann auch noch, mit Bezug auf die früheren Sitzungen gegen das Eisenbahnbedürfniß überhaupt geltend gemachten Bedenken, die Besorgniß geäußert, daß, wenn die disponibeln Ueberschüsse des Staats durch die Zinsgarantie erschöpft werden würden, es ihm an Mitteln fehlen würde, andere gleich wichtige, und vielleicht ungleich wichtigere durch die Gerechtigkeit und Sittlichkeit bedingte Staatszwecke zu fördern. Wenn es aber überall bedenklich erscheine, auf Gegenstände der Industrie und Gewerblichkeit, die am sichersten der Privatspekulation überlassen bleiben, Seitens des Staats einzuwirken und durch künstliche Mittel Kapitale darauf hinzuleiten; so sei dies bei Eisenbahnen um so mehr der Fall, als es jedenfalls schwer halten würde, den Mißbrauch der Garantie durch leichtsinnige und unvorsichtige Baue zu verhüten. Unter diesen Umständen, und bei der anerkannt hohen Wichtigkeit der Sache, erscheine es gerathen, dieselbe einer nochmaligen Berathung der binnen wenigen Monaten zusammentretenden Provinziallandtage zu unterwerfen, indem man bis dahin Zeit gewinnen werde, noch mehrere Materialien zu sammeln und Ansichten zu berichtigen. Dem entgegen fand sich der vorsitzende Hr. Minister noch zu der allgemeinen Bemerkung veranlaßt, daß, wenn in der Denkschrift das Maximum der zu garantirenden Zinsen auf  $3\frac{1}{2}$  pCt. angenommen worden, dadurch keinesweges ausgeschlossen sei, daß eben so, wie einerseits dieses Maximum nicht überall voll gewährt zu werden brauche, so auch andererseits in Fällen, wo dasselbe für den Zweck nicht ausreichend sein möchte, die Garantie eines höheren Zinsfußes übernommen werden könne, denn es komme nur darauf an, daß die für die Garantie der Eisenbahnzinsen in Aussicht

genommene Summe im Ganzen nicht überschritten werde. Was die in Legung genommene Rentabilität der rheinischen und Düsseldorf Bahnen anbelangt, so hob der Herr Minister hervor, daß solche mit Terrainschwierigkeiten zu kämpfen hätten, wie sie kaum in Europa weiter vorkämen, daß aber sich zur Zeit überall nicht beurtheilen lasse, ob sie nicht in der Folge demungeachtet gut rentiren würden, was jedenfalls wahrscheinlicher sei, als das Gegentheil. Sodann bemerkte derselbe wiederholt, daß, nachdem die Frage, ob der Staat selbst den Bau übernehmen solle, Gegenstand der sorgfältigsten Prüfung gewesen und aus überwiegenden Gründen auf das Bestimmteste verneinend entschieden sei, es gerathen erscheine, jede fernere Diskussion hierüber zu vermeiden. Andererseits hatten sich aber auch mehrere Stimmen für unbedingte Bejahung und zu Gunsten der Garantie ausgesprochen. Man glaubte in derselben das beste Mittel zu finden, die Aktienunternehmungen wiederum zu heben und zu beleben, ein Mittel, welches gerade deshalb dem Bau durch den Staat vorzuziehen sei, weil dadurch ohne Zweifel große Kapitalien des Auslandes mit herangezogen werden würden. Mißbrauch der Garantie zu verhüten, könne dem Staat nicht schwer fallen, und verstehe es sich von selbst, daß er sich ein Mitbeschlußrecht bei der Eisenbahnverwaltung, ja in einem nothwendigen Falle ein förmliches Veto vorbehalte. Es wurde hervorgehoben, daß gerade in der Zinsgarantie dem Staate die mannigfaltigsten Mittel gewährt werden, auf die Privatspekulation und durch sie auf das Gedeihen der Eisenbahnen hinzuwirken. Auf die fernere Bemerkung, daß, wenn auch die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Zinsgarantie an sich bestehe, dem Staate doch außer der letzteren noch andere gewichtige Mittel zur Förderung des Eisenbahn-Systems zu Gebote stehen, namentlich darin, daß er die schwierigen und kostbaren Vorarbeiten durch seine Beamten ausführen lasse, trat der Herr Minister mit der Aeußerung bei, daß solches den Absichten des Gouvernements entspreche, wie dasselbe auch bereits mehrfach bethätigt habe. Eben so bemerkte der Herr Minister auf eine desfallsige Anfrage, daß eine Revision des jetzt bestehenden Eisenbahngesetzes allerdings bevorstehe; diese sei in demselben ausdrücklich vorbehalten und auch erforderlich, weil dasselbe Spuren einer den Eisenbahnunternehmungen minder günstigen Tendenz an sich trage, als solche mit dem lebhaften Interesse vereinbar erscheine, welches jetzt der Staat dafür bekundet. Hiermit wurde die heutige Sitzung geschlossen. (Pr. St.-Z.)

Merseburg. Das Amtsblatt der hiesigen Königl. Regierung enthält in den Nr. 37. u. 38. eine für die Inhaber von Staatsschuldscheinen höchst wichtige Mittheilung der vorgedachten Behörde, welche in Betreff des Umtausches der konvertirten Staatsschuldscheine eine nähere Anweisung über das bei Ausführung der erwähnten Maßregel zu beobachtende specielle Verfahren erteilt.

In die Stelle des verstorbenen Rentier Studemund zu Halle ist der Königl. Oberbergamts-Hauptkassen-Buchhalter Philipp daselbst zum Commissarius der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt zu Berlin ernannt worden.

### Bekanntmachungen.

Die zu dem Rittergute Freimfelde gehörigen, jetzt an den Oekonom Oehmisch zu Diemitz verpachteten 22 Morgen 124 Ruthen Acker in Heideburger Markt, an der Grenze der Diemitzer Markt zwischen Zöberitz gelegen, sollen anderweit auf die 12 Jahre von Michaelis 1843 bis dahin 1855

Donnerstag den 17. Novbr. d. J.,  
Vormittags 11 Uhr,  
auf dem Rathhause verpachtet werden.  
Nachgebote werden nicht angenommen.  
Halle, den 1. Novbr. 1842.  
Der Magistrat.

Die der Armentasse gehörige, jetzt an den Oekonom Kirchner verpachtete Hufe Landes, im breiten Pfuhle, im langen Pfuhle und in den langen Aeckern gelegen, soll anderweit auf die 12 Jahre von Michaelis 1843 bis dahin 1855

Donnerstag den 17. Novbr. d. J.,  
Vormittags 11 Uhr,  
auf dem Rathhause verpachtet werden.  
Nachgebote werden nicht angenommen.  
Halle, den 1. Novbr. 1842.  
Der Magistrat.

**Fleckwasser**, welches alle Flecke aus weisser Wäsche entfernt, erhielt aus der chem. Fabrik  
F. A. Hering.

Unterzeichneter verkauft von jetzt an das ganze verfertigte Pflunterfutter von den besten Hamsterfellen unter Herren-Röcke mit Astrachantragen zu 5 bis 6 Thlr.  
Altleben a. d. S., d. 1. Nov. 1842.  
Christoph Fischmeyer.  
Kürschnermeister, am Mühlthor.

Wem ein blaßgelber Kanarienvogel zu geflogen, wird gebeten, ihn gegen eine Belohnung No. 1551. an der Post zurückzugeben.  
Halle, den 4. November 1842.

**Nicht zu übersehen!**  
Zum Wurfest und Ball, Sonnabend den 12. huj., ladet ergebnst ein  
Hornemann  
in Burgsdorf.

Für einen einzelnen Herrn sucht man ein am liebsten meublirtes Zimmer, was spätestens den 1. December a. c. bezogen werden kann. Wer ein solches zu vermieten hat, wolle seine Adresse abgeben Steinbocksgasse (Trödel) No. 776. beim Hauswirth.

# Grosse Porzellan-Auction.

Mit der bereits angekündigten Porzellan-Auction im Saale des Gasthofs zum goldenen Pflug hieselbst wird heute, den 7. November, früh 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr fortgeföhren. Es kommen vor: Teller, Schüsseln, Tassen, Compotieren, Terrinen, Assietten, Einmachebüchsen, Zuckerschalen, Kaffee- und Theekannen, Milchtopfe und sonstige Geschirre für die Küche und Tafel.

## J. Liebermann,

### Juwelier aus Magdeburg,

besucht den bevorstehenden Markt mit einem aufs Beste und Geschmackvollste assortirten **Bijouterie-Lager** und ist derselbe durch vortheilhaften Einkauf auf der letzten Leipziger Messe in den Stand gesetzt, sehr billige Preise zu stellen.

Derselbe empfiehlt zugleich dem geehrten Publikum seine **Königl. Preuss. patentirte Vergoldung** auf galvanischem Wege, womit derselbe **Silber** und andere Metalle aufs Beste und Billigste vergoldet. Proben hiervon liegen im Verkaufslokal, in dem **Mertens'schen** Hause, große Ulrichsstraße Nr. 36 Parterre-Wohnung, zur gefälligen Ansicht bereit.

Zwei Häuser alhier, sehr vortheilhaft gelegen, mit darin befindlicher Bäckerei und großem Torfplatz, sind sofort unter annehmbaren Bedingungen und mit weniger Anzahlung zu verkaufen oder auch zu verpachten. Näheres ertheilt der Commissionair **Supprian** in Halle, Leipzigerstraße No. 283. wohnhaft.

Mein Lager von eisernem emailirten Kochgeschirr, Bratpfannen und Leimtiegel ist jetzt wieder völlig sortirt, und verkauft zu den billigsten Preisen  
A. Schröder.

Extrafines Lüneburger Flach und Heerde empfing  
A. Schröder  
in Altleben an der Saale.

Eine große Auswahl der neuesten **Tabacksdosen**  
empfiehlt  
**Franz Vaecani.**

Neu erschienen und bei **Schwetschke und Sohn** zu haben:

Breve totius jurisprudentiae Examinatorium, curavit H. Barth. 8. br. 10 Sgr.

Examinorium der Osteologie für Studirende bearbeitet von F. L. Fischer. 8. br. 10 Sgr.

200 Thlr. in Gold, dem hiesigen Hospital St. Cyriaci gehörig, sollen gegen pupillarische Hypothek ausgeliehen werden.  
Löbejün, den 4. November 1842.  
Die Hospital-Inspection.

**Zu verpachten.**  
Ein Rittergut in der Nähe von Halle, mit Uebnahme circa 3000 Thlr., soll sofort cedirt werden. Nur auf persönliche Rücksprache ist beauftragt  
Ernstthal in Halle a. d. S.

Beilage

## Deutschland.

Berlin, d. 29. Oct. Die in der Sitzung vom 26. October\*) fortgesetzte Berathung über die Frage: „ob es für nothwendig und zweckmäßig zu erachten, daß der Staat die Ausfuhrung eines umfassenden Eisenbahn-Systems durch Uebernahme einer Garantie für die Zinsen des Anlage-Kapitals herbeizuführen suche?“ gab dem vorstehenden Finanz-Minister Veranlassung, zu erläutern, daß die Zinsen-Garantie nicht das einzige Mittel sei, um die Eisenbahn-Unternehmungen zu fördern und zu unterstützen. Es werde vielmehr durch Aufsuchung der vortheilhaftesten Linien und durch Uebernahme der ersten geometrischen Vorarbeiten auf Staatskosten — durch unentgeltliche Ueberlassung des erforderlichen Staats-Eigenthums — durch Vertheilung an der Aktien-Zeichnung aus dem Geld-Instituten des Staats, — und überhaupt auf mehrfache Weise den Unternehmungen, welche der Ausbülfe bedürften, Vorshub gethan werden können. Die Staats-Einnahmen wären in einem siebenjährigen Zeitraume um mehr als 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen jährlich gestiegen, und es lasse sich nicht nur auf die Stabilität des Zuwachses, sondern auch auf eine weitere Steigerung der Einnahmen rechnen, so lange unter den Segnungen des Friedens der innere Verkehr an Lebendigkeit gewinne. Von dem wesentlichsten Einflusse hierauf sei aber die Vermehrung und Verbesserung der Kommunikations-Mittel, daher Verwendung zu Gunsten der Eisenbahnen von gleichem Werthe für den Wohlstand der Nation, als für die damit Hand in Hand gehenden Finanz-Verhältnisse des Staats. Daß aber dadurch irgend eine Verlegenheit herbeigeführt werden sollte, stehe um so weniger zu befürchten, als selbst das für diesen Zweck zu bestimmende Limitum von jährlich 2 Millionen Rthlr., anfänglich nur zum kleinsten Theile in Anspruch genommen, höchst wahrscheinlich aber niemals ganz erforderlich sein dürfte, um die Anlage der für nothwendig erkannten Eisenbahnen nach Bedürfnis zu befördern. — Im Laufe der hienächst eröffneten Diskussion über die obige Frage erhob sich nur eine Stimme gegen jede Verwendung aus Staatsmitteln zu dem vorliegenden Zwecke überhaupt, mehrere jedoch gegen die unbedingte Bejahung der gestellten Frage, theils wegen ihres nothwendigen Zusammenhanges mit dem für den äußersten Fall als erforderlich angekündigten Vorbehalte eines Rückgriffs auf den in Aussicht gestellten Salzsteuer-Erlaß, theils wegen des großen Umfanges, welcher dem Eisenbahn-System bei der Beantwortung der vorangegangenen Frage gegeben worden. Entgegnet wurde hierauf, daß jede der gestellten Propositionen für sich allein zu erledigen sei, und die jetzt vorliegende unbedenklich angenommen werden könne, wenn es auch in der Absicht liegen sollte: die darauf folgende abzulehnen; — dann aber, daß die Nothwendigkeit der Eisenbahn-Verbindungen nicht nur rücksichtlich der den Mittelpunkt der Monarchie berührenden Haupt-Diagonalen, sondern auch rücksichtlich der

wichtigsten Linien von einer Provinz zur anderen, und zum Anschlusse an die Bahnen der Nachbarstaaten bereits von der Versammlung anerkannt worden sei. Von anderer Seite war man zwar mit dem Zutritt aus Staatsmitteln einverstanden, erachtete jedoch die Uebernahme der Zins-Garantie für die Anlage-Kapitalien nicht für das geeignete Mittel zum Zweck, weil zu bezweifeln wäre, daß die Kapitalisten dadurch vermocht werden würden, ihre Gelder bereitwilliger auf Eisenbahn-Aktien als auf Staats-Papiere oder Hypotheken anzulegen. Wenigstens würde dies nur für solche Bahnstrecken geschehen, welche eine Dividende über den garantirten Zinsfuß abzuwerfen versprächen; minder günstige Linien würden dagegen ungedeckt bleiben und also ein vollständiges Netz auf diesem Wege nicht zu Stande kommen. Dieser Ansicht wurde jedoch gegenübergestellt, daß, da bereits zahlreiche Eisenbahn-Unternehmungen ohne alle Garantie ins Leben getreten, sich der willige Zufluß der Gelder zur Vollendung des Netzes mit Zuversicht erwarten lasse, sobald eine Garantie nach Verhältniß des landüblichen Zinsfußes gegeben werde. In dieser Beziehung wurde für die östlichen Provinzen der Satz von 4 pEt. beantragt, während man andererseits die Garantie von 3 pEt. für hinreichend erachtete. Nicht ohne zahlreiche Vertreter blieb die Meinung, daß es am vortheilhaftesten und sichersten sein werde, wenn der Staat das Eisenbahnwesen ganz in die Hand nähme und die Bahnen für eigene Rechnung erbaue. Man wies auf die Hülfsmittel hin, die dem Staate durch sein wohlorganisirtes Beamten-Korps zu Gebote ständen, — auf die Einheit und Zuverlässigkeit der Verwaltung, welche nur auf diesem Wege zu erreichen, — auf die Ausgleicheung zwischen Gewinn und Verlust bei mehr und minder frequenten Bahnen, — auf die Beispiele, welche benachbarte Staaten in dieser Hinsicht aufgestellt. Doch ward auch gegen die Uebernahme der Eisenbahnen Seitens des Staats angeführt, daß man in dem sich immer mehr regenden Unternehmungsgeiste der Privaten einen Allirten finden werde, den man nicht zurückweisen dürfe, daß der Staat überhaupt mehr anregen und unterstützen, als sich in Selbst-Entreprisen einlassen müsse, — daß Staatsbauten nur durch umfassende Staats-Anleihen zu bewerkstelligen sein würden, — daß die schon bestehenden Aktien-Gesellschaften jedenfalls ein Hinderniß gegen die nachträgliche Ergreifung einer allgemeinen Maßregel darstellen, — und daß der Zweck der Leitung, Aufsicht und Ueberwachung der ganzen Angelegenheit sich sehr wohl erreichen lassen werde, wenn auch der Staat nicht als Selbst-Unternehmer aufträte. — Nachdem noch mehrere Redner sich für die unbedingte Annahme der vorliegenden Proposition erklärt, und unter Anderem bemerklich gemacht hatten, welche großen Nachtheile dem Vaterlande erwachsen würden, wenn die beabsichtigte Verbesserung der Kommunikations-Mittel nur verzögert werde, daß also die Wichtigkeit des Zweckes ein unbedenkliches Einverständnis mit den landesväterlichen Absichten Sr. Majestät selbst in dem Falle erheischen würde, daß die dazu erforderlichen Mittel vom Lande besonders aufgebracht werden müßten, vertagte der vorstehende Minister die definitive Abstimmung über die vorliegende Frage bis zur morgenden Sitzung.

(Preuß. Staats-Zeit.)

\*) Vergl. die zu den in der gestrigen Nummer der Staats-Zeitung (siehe das Hauptstück des Couriers) gegebenen Berichte über die Sitzung vom 25. October gehörende Anmerkung.

(Anm. der Pr. St.-Z.)

Posen, d. 1. Nov. — Die Preuß. Staats-Zeitung vom 4. Nov. theilt aus der Posener Zeitung Folgendes mit: Die Landesgränze mit dem Königreiche Polen ist Anfangs vorigen Monats im Breschener Kreise durch eine zusammengesetzte Kommission beider Landestheile neu behügelte worden, wobei jedoch der Gränzdukt in seiner früheren Lage verblieben ist. Nach den landrätlichen Berichten aus den Gränzkreisen, ist eine aus der mit Rußland neuerdings getroffenen Uebereinkunft herrührende Veränderung der früheren Verhältnisse noch nicht wahrnehmbar geworden. Nur eine Ermäßigung der Wegegelder soll bis jetzt zur Ausführung gekommen sein. Eine Erleichterung des Gränz-Verkehrs ist im Uebrigen aber noch nicht eingetreten, auch macht man sich auf eine solche unter den jetzigen Verhältnissen wenig Hoffnung, denn diejenigen Waaren, welche der diesjällige neue Tarif enthält und deren Zoll jenseits heruntergesetzt ist, sollen in Polen selbst billiger sein als diesseits, weshalb für die preussischen Handeltreibenden sich für jetzt zu einem vorthellbringenden Verkehre keine Aussichten eröffnen haben. So lange diese hemmenden Schranken fortbestehen, erwarten die Bewohner der Gränzkreise auch aus der mit dem 1. Januar k. J. eintretenden Vereinigung der in den Gouvernementsstädten des Königreichs Polen bestehenden Konsumtions-Kammern mit den Gränz-Zoll-Ämtern erster Klasse keinen Vortheil. — Nachdem am 29. v. M. die mit Rußland bestandene Kartel-Konvention ihre Endschafft erreicht hat, haben die jenseitigen Behörden den diesseitigen die Anzeige gemacht, daß sie die höhere Anweisung erhalten hätten, Niemand, der ihnen auf Grund derselben von hier aus überwiesen werden sollte, selbst Deserteure, nicht anzunehmen.

Berlin, d. 4. Nov. (Pr. Staats-Zeit. vom 5. Nov.) Der Artikel der Posener Zeitung vom 1. Nov. über die russisch-polnischen Gränz- und Verkehrs-Verhältnisse ist nur aus Versehen in die gestrige Nummer der Staats-Zeitung aufgenommen worden; derselbe bedarf einer wesentlichen Berichtigung. In der näheren Erläuterung, welche die Staats-Zeit. unterm 1. Sept. d. J. hinsichtlich dieser Verhältnisse und deren neuerlich angeordneten Erleichterungen enthielt, war zwar nicht verkannt worden, daß ein umfassender wechselseitiger Handels-Verkehr beider Länder nur erst dann zu erwarten stehe, wenn Rußland aus allgemeineren Rücksichten sich bewegen sehe, von der Strenge seines Prohibitiv-Systems nachzulassen: es wurde jedoch dargelegt, daß schon jetzt russischer Seits durch die für die russische und polnische Gränze erlassene kaiserliche Ukase gewisse für den redlichen Verkehr sehr wesentliche Erleichterungen gewährt worden seien. Diese Erleichterungen sucht nun die Pos. Zeit. als leere, der praktischen Bedeutung entbehrende Zugeständnisse darzustellen. Es widerspricht jedoch der Natur der Dinge, daß es nicht zur Beförderung des Handels beitragen sollte, wenn z. B. Leinenwaaren, wie Batisttücher zc., pro Pfund von 6 Silb. Rub. 50 Kop. auf 3 S. R. und resp. von 7 S. R. 50 K. auf 4 S. R.; Tischtücher, Servietten, Handtücher zc. sogar auf 1 S. R. 20 K. herabgesetzt sind; wenn ferner weiße oder gefärbte Japanze-Waaren, die sonst mit resp. 7 S. R. 50 K. und 10 S. R. pro Centner belastet waren, jetzt nur 2 S. R. Zoll zu entrichten haben. — Eine weitere Verkenntnis der Verhältnisse liegt in der Behauptung, als wenn die Verlegung der russischen Konsumtions-Kammern an die Gränze und deren Vereinigung mit den Gränz-Zoll-Ämtern erster Klasse dem Gränz-Verkehr keinen Vortheil gewähren solle. Die preussischen Fracht-Zuhrlente, welche früher mit einer zugleich zoll- und konsumtionssteuerpflichtigen Ladung nicht nur zur Visitation an der Gränze, sondern auch zur Reise nach der nächsten Gouvernementsstadt im Innern genöthigt waren, um dort die Konsumtions-Steuer zu erlegen, werden jetzt durch die

Vereinigung beider Steuer-Ämter an einem und demselben Gränzorte unbezweifelt eine wesentliche Erleichterung erfahren. Was die Kartel-Verhältnisse und die angebliehen neuen Verhältniss-Befehle für die russischen Gränz-Behörden betrifft, so ist hieselbst nichts Amtliches darüber bekannt geworden.

Aus dem Mansfeldischen. Ein Verein von Kriegsgefährten aus den Befreiungsjahren und aus noch früherer Zeit, welcher sich, auf Anlaß der Königl. Bewilligung vom 22. Februar d. J., in Helfsta und Oberisdorf gemeinschaftlich gebildet hatte, um ihren heimgehenden Kameraden die letzte Begleitung in die Gruft zu geben, beging den 18. Octbr., den großen Tag der Leipziger Völkerschlacht, auf eine feierliche und erhebende Weise in dem erstgedachten Orte durch einen militärischen Aufzug, durch Rede, Gesang und Mahl. Durch die Theilnahme auch der übrigen Bewohner gestaltete sich die ganze Feier zu einem allgemeinen, schönen Volksfeste, welches jedes patriotische Gemüth mit wahrhafter Freude erfüllte und allen Anwesenden stets zu einer werthen Erinnerung gereichen wird.

### Frankreich.

Paris, d. 31. Octbr. Es sind dormalen an 15 Deputationen verschiedener Handelskammern hier anwesend, sämtlich beauftragt, Schritte zu thun zur Abwendung des projectirten Zollvertrags mit Belgien. Eine dieser Deputationen (die von Elbeuf, aus 11 angesehenen Fabrikanten bestehend,) hatte gestern Audienz bei dem König, eine Petition zu übergeben, die wie eine Remonstrations- oder Protestation lautete; dennoch soll der König in einer Weise geantwortet haben, woraus sich schließen läßt, daß ihm das Projekt sehr am Herzen liegt. Von Lyon und Bordeaux werden Petitionen für den Vertrag erwartet.

### Bermischtes.

— Die am 22. und 23. Oct. an der englischen Küste herrschenden Stürme haben nicht blos einen entsetzlichen Verlust an Eigenthum verursacht, sondern auch viele Menschenleben gekostet. Aus allen Hasenstädten sind in London die traurigsten Berichte eingelaufen; die Zahl der gescheiterten Schiffe, die zum Theil mit ihrer sämtlichen Besatzung untergingen, wird auf 60—80 angegeben. Von manchen wußte man blos, daß sie gescheitert waren, ohne noch das Schicksal der Mannschaft zu kennen.

### Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, d. 5. November 1842.

Fonds.	C <sup>o</sup>	Pr. Cour.		Actien.	C <sup>o</sup>	Pr. Cour.	
		Brief.	Geld.			Brief.	Geld.
St.-Schuldch.*)	3 $\frac{1}{2}$	103 $\frac{11}{16}$	103 $\frac{5}{12}$	Berl. Porsb. Eisenb.	5	—	123 $\frac{3}{4}$
Pr. Engl. Dbl. 30.	4	102 $\frac{1}{2}$	102	do. do. Prior. Dbl.	4	103	102 $\frac{1}{2}$
Präm. Sch. der Seehandlung.	—	90 $\frac{1}{2}$	90	Mgd. Pz. Eisenb.	—	—	121 $\frac{1}{2}$
Kurm. Schuldb.	3 $\frac{1}{2}$	102	101 $\frac{1}{2}$	do. do. Prior. Dbl.	4	—	102 $\frac{1}{4}$
Berl. St.-Dbl.*)	3 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{1}{12}$	—	Berl. Anh. Eisenb.	—	104 $\frac{1}{4}$	103 $\frac{1}{4}$
Danz. do. in Th.	—	48	—	do. do. Prior. Dbl.	4	103	—
Westp. Pfandbr.	3 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{3}{4}$	—	Düss. Elb. Eisenb.	5	63	62
Großh. Pos. do.	4	106	—	do. do. Prior. Dbl.	4	—	93 $\frac{3}{4}$
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{1}{4}$	—	Rhein. Eisenb.	5	81 $\frac{3}{4}$	80 $\frac{3}{4}$
Ostpr. Pfandbr.	3 $\frac{1}{2}$	—	102 $\frac{3}{4}$	do. do. Prior. Dbl.	4	—	97 $\frac{1}{4}$
Pomm. do.	3 $\frac{1}{2}$	103 $\frac{3}{4}$	103 $\frac{1}{4}$	Berl.-Frankf. Eis.	5	101	—
Kur- u. Neum. do.	3 $\frac{1}{2}$	104 $\frac{1}{8}$	—	Friedrichsd'or	—	13 $\frac{1}{2}$	13
Schlesische do.	3 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{1}{2}$	—	Andere Goldmünzen à 5 Thl.	—	10 $\frac{1}{4}$	9 $\frac{3}{4}$
				Disconto	—	3	4

\*) Der Käufer vergütet auf den am 2. Januar 1843 fälligen Coup von  $\frac{1}{4}$  pCt.

### Getreidepreise.

Nach Berliner Scheffel und Preuß. Gelde.  
Halle, den 5. November.

Weizen	1 thl. 20 sgr. — pf.	bis	2 thl. — sgr — pf.
Roggen	1 . 17 . 6 .	—	1 . 25 . — .
Gerste	1 . 10 . — .	—	1 . 12 . 6 .
Hafee	1 . 2 . 6 .	—	1 . 5 . — .

Magdeburg, den 4. November. (Nach Wispeln.)

Weizen	42 — 46 thl.	Gerste	35 — 39 1/2 thl.
Roggen	45 — 47 .	Hafee	26 1/2 — 27 1/2 .

Wasserstand zu Halle  
am 6. November:

Oberhaupt 4 Fuß 4 Zoll.  
Unterbaupt 4 Fuß 11 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg  
am 4. November: 51 Zoll unter 0.

### Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 4. bis 6. November.

Im Kronprinzen: Hr. Dr. med. Meißner a. Leipzig. Hr. Dr. med. Kfker a. Göttingen. Hr. Partik. Atkins a. Boston. Hr. Dr. phil. Schoop a. Rutenplan in Böhmen. Hr. Musik-Dir. Schnuphase a. St. ttin. Hr. Hofrath Pannier a. Dessau. Hr. Kaufm. Kerkoff a. Fierlohn. Hr. Kaufm. Kenheim a. Frankfurt. Hr. Kaufm. Buchmann a. Bremen. Hr. Rittergutsbes. v. Rath a. Rochlig. Hr. Daurath v. Meyendorf a. Baden. Hr. Rittmstr. Collin a. Münschen. Hr. Rentant Dehming a. Braunschweig. Hr. Prof. Wunsch a. Breslau. Hr. Kaufm. Künkel a. Berlin. Hr. Kaufm. Höfer a. Frankfurt. Hr. Kaufm. Zimpert a. Havelberg. Die Herrn. Kaufl. Böttcher u. Meyner a. Kachen.

Stadt Zürich: Hr. Probst Zerrenner a. Magdeburg. Hr. Prof. Dahle mann a. Bonn. Hr. Dir. Dr. Beiting a. München. Hr. Kaufm. Ladenburger a. Pforzheim. Hr. Kaufm. Strauß a. Leipzig. Hr. Kaufm. Rothermund a. Hannover. Die Herrn. Kaufl. Sonntag u. Sohn a. Magdeburg. Hr. Kaufmann Leverkus a. Düsseldorf. Hr. Kaufmann Walther a. Leipzig. Hr. Kaufm. Blenker a. Mainz. Hr. Kaufm. Berger o. Magdeburg. Hr. Kaufm. Büting a. Frank furt. Hr. Kaufm. Müller a. Berlin. Hr. Kaufm. Eisenmann a. Magdeburg. Hr. Oberst Freih. v. Eberlein a. Raumburg.

Goldnen Ring: Hr. Assessor Rasch a. Düben. Hr. Papierfabr. Pinze, Hr. Brauereibes. Schatz, Hr. Gymn.-Lehrer Volkert u. Hr. Dr. Velz a. Bernburg. Hr. Cand. Bernau a. Berlin. Hr. Amtm. Schmüz ling a. Dese. Hr. Stud. Ault a. Leipzig. Hr. Rentier Schmidt a. Magdeburg. Hr. Fabrik. Scheibner a. Burg. Hr. Insp. Richaez lis a. Raumburg. Hr. Kaufm. Thielebein a. Berlin. Hr. Kaufm. Graun a. Magdeburg. Hr. Kaufm. Haumann a. Hanau.

Goldnen Löwen: Hr. Kaufm. Rischoff a. Magdeburg. Hr. Sekret. v. Kramínsky u. Hr. Apoth. Wienecke a. Berlin. Hr. Kfm. Randler a. Stettin. Hr. Juwelier Heiter a. Premen. Hr. Kunsthdler. Planer a. Dresden. Hr. Kunstgärtner Rothe a. Güstern. Hr. Kaufm. Stolte a. Warschau. Hr. Sekr. Schienemann a. Wanzleben.

Schwarzen Pär: Hr. Seilermsr. Güntler a. Rigenhausen. Hr. Fabr. Meyer a. Burg. Hr. Musikus Hentschel a. Dresden. Hr. Defonom Dönike a. Greifswalde. Hr. Kaufm. Muthreich a. Bleicherode.

Stadt Hamburg: Hr. Präsident Graf v. Arnim a. Berlin. Hr. Leher rer Nobad a. Erfurt. Die Herrn. Feldjäger Ganzowsky u. Kratzidlog a. Nordhausen. Hr. Kaufm. Bahn a. Sangerhausen. Hr. Kaufm. Weiland a. Stettin. Hr. Kaufm. Reiter a. Berlin. Hr. Kaufm. Neubert a. Magdeburg. Hr. Partik. Sittig a. Potsdam. Hr. Defon. König a. Leimbach. Hr. Gutsbes. Lichtenberg. a. Lüneburg.

Goldnen Kugel: Hr. Negot. Richmond a. Bordeaux. Hr. Kaufm. Gärtner a. Hannover. Hr. Hofgärtner Höpfer a. München.

Zur Eisenbahn: Hr. Gutsbes. v. Pläg a. Brandenburg. Hr. Amtm. Krönig a. Weimar. Hr. Pastor Geisler a. Eilenburg. Hr. Kaufm. Richter a. Hamburg. Hr. Kaufm. Fürst a. Dresden. Hr. Berggrath Arensberg a. Gotha. Hr. Amtm. Meier a. Nordhausen. Hr. Part. Kinde a. Berlin. Hr. Kaufm. Göge a. Braunschweig.

### Bekanntmachungen.

#### Bekanntmachung.

Der Bau einer neuen Scheune auf der Pfarre zu Lebendorf soll dem Mindestfordernden öffentl. Verdingungen werden. Ich werde deshalb ein Ausgebot auf den 12. November Sonnabend früh 11 Uhr in meinem Geschäftszimmer abhalten, und lade Unternehmungslustige hierdurch ein.

Halle, den 5. November 1842.

Der Bau-Inspector  
Schulze.

In Passendorf auf dem Rittergute sind zwei starke Zugpferde als überzählig zu verkaufen.

Dienstag den 8. Novbr. 1842, Morgens 10 Uhr, soll in den zum Rittergute Poplig bei Altleben gehörigen Holzungen eine Partie Sohl-Weißholz auf dem Wege des Meistgebots verkauft werden; Kauf lustige haben sich am gedachten Tage früh 9 1/2 Uhr auf dem Hofe vor dem herrschaftlichen Wohnhause zu Poplig einzufinden.

**Große Harzer Schlitten-Schellen**  
in ganzen Geläuten, auch einzelnen Stücken zur Ergänzung Alter, so billig als in Goslar selbst, und  
**die neueste Art Glockenspiele**  
mit Schweifen und alle Arten andere Geläute sind vorrätig; auch werden Alte erneuert und nach der modernsten Art umgeändert bei

**Lindner & Lange,**  
Halle, gr. Steinstr. No. 128.

**Um schnell damit zu räumen**  
**verkaufe ich nachstehende Artikel zu den**  
**außergewöhnlich billigen aber festen**  
**Preisen:**

- 9 Ellen 3/4 breiten faconirten Orleans zu Kleider oder Mäntel passend für 3 Thlr.
- 18 Ellen dunkelgrundigen Mousseline de laine für 3 Thlr.
- 16 Ellen hellgrundigen desgl. für 2 Thlr.
- 12 Ellen 3/4 breite acht franz. Zise für 2 Thlr.
- 15 Ellen 1/4 breiten Kattun für 1 Thlr.

**C. C. Stracke,**  
Kleinschmieden, am Markt.

Heute, Montag den 7. November 1842.

# Concert

VON

## GIOVANNI DI DIO,

Violoncellist,

im

Saale des Kronprinzen-Hotels.

### Erster Theil.

1. Ouverture zu „Fidelio“ von v. Beethoven für Orchester.
2. Elegie von Ernst für das Violoncell, vorgetragen vom Concertgeber.
3. Männergesang, ausgeführt von der Liedertafel.
4. Adagio und Variationen über ein Thema von Bellini für das Violoncell von Kummer, vorgetragen vom Concertgeber.

### Zweiter Theil.

1. Ouverture zur „Stumme von Portici“, für das Orchester.
2. Clavier-Pièce, vorgetragen von Herrn Schneider.
3. Männergesang.
4. Potpourri über Themas aus Preciosa von Weber für das Violoncell von Kummer, vorgetragen vom Concertgeber.

*Entrée: 15 Sgr., für die Herren Studirenden: 10 Sgr.*

Der Billetverkauf ist bis Montag Abend 5 Uhr in der Buchhandlung des Herrn Knapp, und beim Kastellan des Universitäts-Gebäudes, Herrn Arnold. An der Kasse kostet das Billet 20 Sgr.

**Anfang 6 Uhr.**

So eben ist bei Heinrich Franke in Leipzig erschienen und in allen Buchhandlungen (in Halle bei Schwetschke und Sohn) zu haben:

**Otto, Dr. C., Handbuch für Wundärzte.** Viertes Band. Auch unter dem Titel: **Anleitung zur Formularlehre oder ärztlichen Receptirkunst für angehende Wundärzte.** Preis geheftet  $\frac{1}{3}$  Thlr.

Erster Band: Anatomie des menschlichen Körpers. Preis  $1\frac{1}{2}$  Thlr.

Zweiter Band: Grundzüge der Physiologie. Preis  $\frac{1}{2}$  Thlr.

Dritter Band: Arzneimittellehre. Preis  $\frac{1}{6}$  Thlr.

**Der 5. u. 6. Band, den Schluß dieses Werkes bildend erscheint Anfang nächsten Jahres.**

Zwanzig Stück sehr fette Hammel sind zu verkaufen auf dem Herzogl. Rittergute Lösseritz bei Zörbig.

Zur plözlich erledigten Stelle eines Hofmeisters auf dem Rittergute Laublin gen bei Alleben können sich verheirathete und tüchtige Personen melden.

Auch ist die Stelle eines Nachwächters auf dem Rittergute Poplitz durch einen qualificirten Mann wieder zu besetzen.

Rittergut Poplitz, den 4. Nov. 1842.  
Der Amtmann  
Schmidt.

Am 3. November ist mir ein braungetigter Hühnerhund mit Namen Caro bei Merbitz verloren gegangen, und verspreche ich Demjenigen, welcher mir denselben wiederbringt, nicht allein die Erstattung der Futterkosten, sondern auch ein angemessenes Trinkgeld.

v. Grävenitz auf Dues.

Ein gut dressirter Jagdhund nebst einer guten Doppelflinte sind zu verkaufen bei Carl Brunnert in Dornstedt bei Schafstedt.

Von der Frankfurt a. O. Messe empfang ich so eben sehr schöne neue Mantelstoffe in Wolle und Seide, sehr schöne kleine und große Tücher in Seide, Chally und Wolle, sehr preiswürdige seidene Stoffe und verschiedene andere Artikel, die ich bei solider Waare zu äußerst billigen Preisen verkaufen kann.

S. M. Friedländer am Markt.

Gesundheitsflanelle in vorzüglicher Qualität, alle Farben, Sammt und Sammtmanchester und Plüsch zu Mantelbesäzen, Mazzeppa, Röcke, alle Sorten Futterzeuge, feine Damentuche à Elle  $1\frac{1}{4}$  Thlr., Spitzgrund und Spigen, Goldstoffe zu Voll- und Puppenanzügen empfiehlt äußerst billig

S. M. Friedländer am Markt.

$\frac{6}{4}$  breite ächte Singhams, abgepaßte Damastmäntel à Stück  $3\frac{1}{2}$  und  $3\frac{3}{4}$  Thlr.,  $\frac{8}{4}$  breiten schwarzen und couleurten Orleans,  $\frac{12}{4}$  große Deckentücher, das Stück von 25 Sgr. an, Krepraichel, Gardinenmouffeline nebst Franzen und Borden dazu, Kitay, leinene Taschentücher und noch mehrere Waaren zu ganz billigen Preisen empfiehlt

S. M. Holzmann.

Schmeerstraße im Einhorn No. 703.

### Bekanntmachung.

Ich beabsichtige die Gebäude von dem mir gehörigen Hufengute zu Radis, nebst Garten, 12 Scheffel Aushaat Feld und Gemeinrecht, ingleichen meinen Antheil an an der Radiser Communwaldung auf Mark Gemeln, der in dem 8ten Theile von 1303 Morgen 146 □ Ruthen, zum Theil gut bestandenen Holzes besteht, in acht einzelnen Parzellen an den Meistbietenden zu verkaufen.

Hiezu habe ich einen Termin auf den 22. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, auf dem Rathskeller in Gräfenhainchen anberaunt, und lade Kauflustige dazu mit dem eracbensten Bemerken ein, daß die sehr vortheilhaften Bedingungen im Termine werden bekannt gemacht werden.

Torna, den 3. November 1842.

Carl Huth.

Grüne und gelbe Pomeranzen empfohlen  
E. H. Riesel.

Eine tüchtige Landwirthschafterin findet zu Weihnachten dieses Jahres auf einem Rittergute in der Nähe von Naumburg unter annehmlischen Bedingungen ein Unterkommen. Geneigte Adressen werden unter der Chiffre: A. Z. poste restante Naumburg a. d. S. franco erbeten.